



Oberster Aufseher der UBS: Axel Weber, Verwaltungsratspräsident. (Davos, 23. Januar 2013)

ZKB überwälzt die höheren Kapitalkosten auf Kunden

Die Zürcher Kantonalbank stellt Hypothekar-Kunden die Kosten des neuen Kapitalpuffers ab sofort in Rechnung.

Charlotte Jacquemart

Ab Ende September 2013 verpflichtet der Bundesrat die Banken, Hypotheken für inländische Wohnliegenschaften mit 1% mehr Eigenmitteln zu unterlegen. Das bekommen die Kunden der Zürcher Kantonalbank (ZKB) ab sofort zu spüren: Die Bank hat am Freitag ihre Marge um 10 Basispunkte (0,1%) angehoben. Igor Moser, Sprecher der ZKB, bestätigt dies gegenüber der «NZZ am Sonntag»: «Das Eigenkapital ist im Bankengeschäft der entscheidende Rohstoff. Verteuert sich dieser, steigen auch die Preise der darauf basierenden Produkte.» Die Erhöhung der Marge betreffe aber nur Hypothekar-Neukunden der ZKB, versichert Moser. Bestehende Festhypotheken seien nicht tangiert. Das ist nicht selbstverständlich,

Martin Scholl

Der ZKB-Chef sorgt dafür, dass seine Bank die Kosten für höhere Eigenmittel nicht selbst tragen muss.



UBS zahlt oft einen Anfangsbonus

Die millionenschwere Ablösezahlung für Investmentbanker Orcel ist kein Einzelfall

Über 200 neue UBS-Kaderleute haben 2012 beim Stellenantritt von einer sogenannten «Ersatzzahlung» profitiert. Zusammen mit weiteren Antrittszahlungen hat die UBS dafür 113 Mio. Fr. aufgewendet.

Daniel Hug, Sebastian Bräuer

Als Andrea Orcel im Sommer 2012 vor dem Wechsel zur UBS stand, hatte er von seinem damaligen Arbeitgeber, der Bank of America, noch einen Anspruch auf aufgeschobene Vergütungen von 25 Mio. Fr. Sie wären beim Stellenwechsel verfallen. Da die UBS den Investmentbanker unbedingt wollte, war sie bereit, die Ansprüche von Orcel beim Stellenantritt vollständig zu übernehmen: 6,4 Mio. \$ in bar sowie Aktien im Wert von damals 18,5 Mio. Fr.

Heute ist alleine das Aktienpaket von Orcel bereits über 27 Mio. Fr. wert. Der heutige Chef der UBS-Investmentbank kann dieses Paket in Tranchen von 2013 bis 2015 beziehen.

Orcel ist kein Einzelfall. Wie der jüngste Vergütungsbericht der UBS zeigt, sind im vergangenen Jahr insgesamt 203 Kaderleute in den Genuss von sogenannten «Ersatzzahlungen» gekommen. Die UBS legte dafür 96 Mio. Fr. aus. Die Elite unter ihnen stellten 32 Kaderleute, die von der UBS als «Key Risk Takers» bezeichnet werden: Sie kassierten im Schnitt 2 Mio. Fr. pro Kopf als Ablösezahlung.

Als «Ersatzzahlung» definiert die UBS «aufgeschobene Zuteilungen, die aufgrund des Wechsels zu UBS verfallen sind». Solche Zahlungen seien «in

der Branche üblich und oft notwendig, um hochkarätige Bewerber anzuziehen». Neben den «Ersatzzahlungen» gewährt die UBS auch «Antrittszahlungen»: Sie werden «gelegentlich wichtigen Kandidaten der obersten Führungsebene angeboten, um die Chance auf deren Zusage auf ein Angebot hin zu erhöhen», so die UBS. Letztes Jahr kamen immerhin 182 Personen in den Genuss einer solchen Zahlung. Die UBS wendete dafür 17 Mio. Fr. auf.

«Der Vergütungsbericht der UBS zeigt, dass diese Ersatzzahlungen systematisch erfolgen», sagt Dominique Biedermann, Direktor der Stiftung Ethos, die sich für Aktionärsrechte einsetzt und Pensionskassen berät. «Solche

Zahlungen setzen falsche Anreize», analysiert Biedermann. «Es ist enttäuschend, dass die UBS in diesem Punkt offenbar noch nichts gelernt hat.»

Das Problem dieser Zahlungen ist, dass sie ohne Gegenleistung erfolgen. Zudem unterlaufen sie die Bestrebungen, die als Reaktion auf die Finanzkrise in vielen Grossbanken eingeführt worden sind: Manager erhalten einen Teil der Vergütung nur verzögert – über mehrere Jahre verteilt. Stellt sich nachträglich heraus, dass der Manager mit seiner Geschäftseinheit zu hohe Risiken eingegangen ist, Verluste produziert oder gar Rechtsbrüche begangen hat, kann ihm die Bank seine Ansprüche streichen.

Wechselt der Manager aber vorher die Stelle, hat er das Abwärtsrisiko in seinem Vergütungspaket elegant umgangen. Nachträglich ersichtliche Fehlentscheide haben für ihn keinerlei finanzielle Folgen mehr. Zur Erinnerung: Orceles früherer Arbeitgeber, die Bank of America, musste 2008 und 2009 gleich zweimal mit Milliardenhilfen von der US-Regierung gerettet werden.

Unter Juristen ist umstritten, ob eine Antrittszahlung nach dem Wortlaut der Minder-Initiative («keine Vergütungen im Voraus») künftig verboten ist. Entscheidend wird die Formulierung in der Verordnung sein, um die im Parlament wohl noch intensiv gefeilscht werden dürfte.

Biedermann attestiert der UBS zwar Fortschritte; das Vergütungssystem sei nun generell langfristiger ausgerichtet. Aus Aktionärssicht sei es jedoch stossend, dass die UBS den Bonus-Topf mit 2,5 Mrd. Fr. gefüllt habe und 0,5 Mrd. Fr. an Dividenden zahle, wenn sie gleichzeitig 2,5 Mrd. Fr. Verlust ausweise. «Das bedeutet, dass man die Boni- und Dividendenausschüttungen aus den Reserven nehmen muss», kritisiert Biedermann. «Ohne die Ausschüttung der Boni von 2,5 Mrd. Fr. hätte die UBS ziemlich genau die Gewinnschwelle erreicht», so Biedermann.

«Hätten wir den Bonus-Pool reduziert», kontert UBS-Sprecherin Eveline Müller, «wären massive Abgänge von Top-Leuten die Folge gewesen.» Und der Konzernverlust sei vor allem entstanden, weil die eigenen Verbindlichkeiten um 2,2 Mrd. Fr. höher bewertet worden seien und die neue Strategie (Verkleinerung der Investmentbank) Abschreibungen und Kosten von 3 Mrd. Fr. verursacht habe.



Andrea Orcel nach einer Anhörung vor dem britischen Parlament. (London, 9. 1. 2013)

Seit 200 Jahren den selben Werten verpflichtet.

GENFER PRIVATBANKIERS

FREI - UNABHÄNGIG - VERANTWORTLICH

www.genevaprivatebankers.com